

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Band: - (1997)
Heft: 3: Klimaschutz und Atomausstieg schaffen Arbeitsplätze
Artikel: Weshalb schaffen Lenkungsabgaben mehr Arbeitsplätze?
Autor: Rechsteiner, Rudolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586652>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

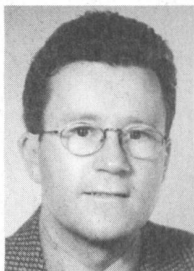
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weshalb schaffen Lenkungsabgaben mehr Arbeitsplätze?

Jede Steuer hat Vor- und Nachteile. Lenkungsabgaben auf schädlichen Energieträgern haben fast nur Vorteile, wenn die Erträge dazu verwendet werden, Lohnabgaben zu senken. Zehntausende von Arbeitsplätzen können geschaffen werden, bestätigen Bundesrat und Nationalfonds-Studien.



Von Dr. Rudolf Rechsteiner, Nationalrat Basel-Stadt, Stiftungsrat der SES, Mit-Initiant der Energie-Umwelt- und der Solar-Initiative

Arbeitslosigkeit ist eines der schlimmsten Übel unserer Zeit und ihre Ursachen liegen nicht allein in der schlechten Konjunktur. Für mehr Beschäftigung brauchen wir strukturelle Reformen. Nachdem die Arbeitslosenversicherung erfolgreich in Richtung Arbeitsvermittlung und Weiterbildung umgekrempelt wurde, muss jetzt unser Steuersystem modernisiert werden.

Die Reduktion der Arbeitskosten mit Erträgen aus Lenkungsabgaben kann Zehntausende von neuen Arbeitsplätzen schaffen. Dies aus folgenden Gründen:

1. Arbeitsplätze dank Faktorpreisverschiebung

Die schrittweise Verteuerung der nicht-erneuerbaren Energien verändert das Kostenverhältnis zwischen Energie, Kapital und Arbeit. Kapital und Arbeit werden relativ billiger, schmutzige Energie wird teurer, was zu einem veränderten Investitionsverhalten führt. Statt Arbeitsplätze durch Kapital und vermehrten Energieaufwand zu ersetzen, kann es in allen Wirtschaftszweigen lohnen, energieintensive Anwendungen vermehrt durch Arbeitsplätze und Kapital (=Investitionen) zu ersetzen.

2. Arbeitsplätze dank Wachstumseffekt

Während es bei den wertschöpfungsarmen Lieferanten von nicht-erneuerbaren Energien zu Umsatzeinbussen kommt, wirkt die Lenkungsabgabe

für die Anbieter von energiesparenden Technologien sehr geschäftsfördernd. Dies ist ein open-end-Prozess. Mit jeder neuen Preissteigerung gelangen neue, energiesparende Technologien in die Rentabilitätszone. Umsatzwachstum und technischer Fortschritt können zu einer dynamischen "Preisspirale nach unten" führen, mit Innovationen von der modernen Holzverwertung bis zu den neuen Solartechnologien. Die meisten dieser Techniken sind nicht nur sehr beliebt, sondern sie erzeugen - was am höheren Preis sichtbar ist - auch eine höhere Wertschöpfung als das "billige" Verbrennen von Öl, Gas und die Atomenergie, die unsere Lebensgrundlagen ruinieren. Mehr Wertschöpfung bedeutet nichts anderes, als dass mehr Arbeitsplätze und mehr Gewinne entstehen.

3. Arbeitsplätze dank geographischem Verlagerungseffekt

Bei der Energieversorgung mit fossilen Energieträgern und Uran spielt sich die Wertschöpfung (Exploration, Förderung, Transport) in fernen Ländern ab. Werden die Weichen aber Richtung Effizienz und Solartechnik

Drei verschiedene Initiativen verlangen Lenkungsabgaben auf Energie:

Die **Energie-Umwelt-Initiative** will die Energie schrittweise verteuern und mit dem Abgabenertrag andere Belastungen senken.

Die **Solarinitiative** will die Energie nur wenig verteuern, aber die Erträge für neue erneuerbare Energie- und Effizienz-Technologien einsetzen.

Die Initiative "**Energie statt Arbeit besteuern**" will mit Energieabgaben die Lohnabgaben für die Sozialwerke senken.

gestellt, entsteht eine Nachfrage nach Technologien, die wir vorwiegend im Inland erzeugen können: bessere Isolationen, Wärmekraft- und Wärmerückgewinnungsanlagen, Holzverwertung, Solartechnik.

4. Arbeitsplätze dank First-mover-Vorteil

Schwierig zu prognostizieren ist das Ausmass der langfristigen Exportpotentiale, die sich für den sogenannten Vorreiter ("first mover") ergeben. Aus der Luft- und Wasserhygiene wissen wir, dass die Schweiz immer dann neue Technologien exportieren kann, wenn sie als erstes Land ihre Grenzwerte verschärft hat. Dies setzt allerdings mutige Entscheide von Parlament und Behörden voraus. Ähnliches ist in anderen Ländern zu beobachten. In Dänemark hat sich die Windenergie von einer anfänglich subventionierten Branche zum weltmarktfähigen Exportschlager entwickelt. In Japan wurde dieses Vorgehen perfektioniert: Mit finanzieller und logistischer Unterstützung des Industrieministeriums lancieren und perfektionieren ganze Industrien ihre Produkte. Sind die gesetzten Qualitäts- und Preisziele auf dem praktisch geschützten Heimmarkt einmal erreicht, wird der Weltmarkt geradezu planmässig erobert.

Diese Wettbewerbsvorteile können mit einer staatsquoten-neutralen Energieabgabe praktisch kostenlos erreicht werden. Um negative Auswirkungen höherer Energiepreise auszuschliessen, müssen jene ca. 3% aller Betriebsstätten, die energieintensiv produzieren, von den Lenkungsabgaben ausgenommen werden, bis eine gewisse internationale Harmonisierung erreicht ist. Die ca. 97% aller Betriebe, in denen der Energieverbrauch 2 bis 3 Prozent ihres Umsatzes ausmacht, erhalten über die Reduktion der Lohnnebenkosten gleich viel zurück, wie sie energieseitig stärker belastet werden. So können Produktionsverlagerungen und Wettbewerbsnachteile praktisch ausgeschlossen werden. Daneben hat aber eine Energieabgabe noch viele andere

Vorteile. Der Staat wird von Umwelt, Reparatur-, Kontroll- und Sanktionsaufgaben befreit. Er kann das Steueraufkommen für nützliche Dinge verwenden ("grüne Dividende"). Und bei der Steuerbelastung findet eine Entzerrung statt. Die künstlichen Abreize (sog. excess burden), die von jeder Steuer auf Lohn- oder Kapitalerträgen verursacht werden, verschwinden zugunsten von Abgaben, die die Abreize im Sinne der "Internalisierung externer Kosten" richtig setzen ("blaue Dividende").

Bundesrat mit positiven Resultaten

Der Bundesrat hat durch verschiedene Studien die Frage der Arbeitsplatzschaffung untersuchen lassen und kommt bei sehr vorsichtigen Annahmen stets zu positiven Resultaten. Bei Annahme der Solar- und der Energie-Umwelt-Initiative entstehen laut Botschaft zwischen 10'000 und 21'000 neue Arbeitsplätze. Diese "rote Dividende" ist sehr konservativ gerechnet. Ein Massen-Export von neuen Technologien, zum Beispiel der Dünnschicht-Hochleistungszellen wie sie derzeit in Neuenburg entwickelt werden, wird von den Szenarien des Bundesrates praktisch ausgeschlossen. Die Prognosen sind zu pessimistisch, weil sie dynamische Rückkopplungseffekte ausschliessen.

Export wird florieren

Der nötige Strukturwandel wird stets als Belastung wahrgenommen statt als Schritt der Befreiung von Umwelttrisiken und Sozialkosten, als Weg der Erneuerung unserer verunsicherten Wohlstands-Gesellschaft, der mit Milliarden-Investitionen gepflastert ist. Es ist vollkommen realistisch, dass wir bei den neuen Technologien wie im traditionellen Kraftwerkbau eine Leaderposition einnehmen können, wenn die politische Deblockierung der Lenkungsabgaben endlich gelingt. Dann wird nicht nur der Binnenmarkt, sondern auch der Export florieren, und die Schaffung von 50'000 bis 100'000 neuen Arbeitsplätzen wird möglich.

Der ökologische Umbau kann nicht alle unsere Beschäftigungsprobleme lösen, aber er leistet einen wichtigen Beitrag und bringt einen Wohlstand in Frieden mit der Natur und der Weltgemeinschaft.



Neue Technologien als zukünftiger Exportschlager. Solarheizung in Juf, dem höchsten Dorf Europas.

Bild: Raimund Hächler



Ein ETH-Professor als PR-Mann des Vororts

Auf Bestellung des Schweizerischen Handels- und Industrievereins ("Vorort") hat Georg Erdmann ein höchst einseitiges "Gutachten" über die hängigen Energie-Initiativen erstellt. Weil alle wissenschaftlichen Studien unseren Initiativen ein positives Zeugnis ausstellen, kann Erdmann keine substantiellen Fehler im Initiativtext nachweisen - im Gegenteil: "Erfolgt die Rückgabe der Energieabgabe an die Unternehmen nach Massgabe der AHV-Lohnsumme, so entspricht dies den Vorstellungen der Optimalsteuertheorie", muss er zugeben (S.60).

Doch der Auftrag lautete, ein negatives Resultat zu liefern. Deshalb malt Erdmann im Konjunktiv ("könnte, hätte, würde") eine geradezu schwachsinnige Umsetzung des Verfassungsartikels an die Wand: Zum Beispiel wird angenommen, die Rückerstattung der Abgabe erfolge erst ein Jahr nach dessen Erhebung, was einen milliardenschweren Kaufkraftentzug und eine Krise im Stil des ersten Ölpreisschocks (1973/-74) zur Folge hätte. Die Förderprogramme der Solarinitiative fliessen bei Erdmann ausschliesslich in die teure Photovoltaik, und mit seiner worst-case-Aufzählung unterstellt der Autor den Initianten die völlige Absenz des ge-

sunden Menschenverstandes. Erdmann spricht von einem "Alleingang" der Schweiz und übersieht, dass die skandinavischen Länder bereits CO₂-Abgaben kennen, und fast alle Länder Westeuropas Oel und Gas fiskalisch stärker belasten als die Schweiz.

Weiter behauptet der ETH-Professor, die Rückerstattung der regressiven Energieabgaben sei wirtschaftlich nur optimal, wenn progressive Steuern ersetzt würden. Arbeitsmarktliche Studien (G. Sheldon, Uni Basel) zeigen aber, dass Empfänger von kleinen Löhnen heute die schlechtesten Anstellungschancen haben. Ein gemischtes Modell aus Arbeitgeber- und Haushaltentlastungen (Reduktion von AHV, ALV- und Krankenkassenprämien) brächte gerade diesen Lohngruppen Vorteile, würde doch die von den gleichen Kreisen postulierte "Lohnflexibilität nach unten" ohne soziale Härten möglich.

Erdmann konstruiert Sachzwänge, wo keine sind. Nicht einmal in Ansätzen kann Erdmann eigene Vorschläge zur Energiepolitik formulieren. Der Vorort bleibt so die Antwort schuldig, wie die Schweiz ihrer Verantwortung nachkommen kann (Rio-Deklaration usw.). ETH - quo vadis?